

«Man muss das Jahressalär der Parlamentarier auf 50 000 Fr. beschränken»

Der zurücktretende Nationalrat Christoph Blocher über eine grundsätzliche Reform des Parlaments, die Organisation des Kampfes gegen den EU-Beitritt und seinen Führungsgrundsatz

Denis von Burg und
Paecal Tlechhauser

Selen Sie ehrlich, Herr Blocher, Sie ziehen sich nur aus dem Parlament zurück, weil Sie nicht mehr die Kraft haben, um alles selber zu tun.

Wer alles macht, macht nichts richtig! Sie sind aber insofern noch freundlich, dass Sie mir nicht auch noch Krankheit oder den nahen Tod unterstellen. Ich muss Sie enttäuschen: Weder Alter, Gesundheit noch Senilität sind Grund meines Rücktrittes. Ich hatte die Wahl: Soll ich weiter meine Zeit im Nationalratssaal verbringen und bei vielen unwichtigen Fragen das rote Knöpflein drücken, während Freiheit, Sicherheit, Wohlfahrt und Volksrechte mit institutionellen Bindungen hinter unserem Rücken massiv ausgehöhelt werden? Der Entscheid war klar: Dieser EU-Beitritt ist zu verhindern.

Und wie soll der Kampf denn aussehen?

Die «EU No»-Organisation ist jetzt in Gründung und soll zu einer schlagkräftigen Kampftruppe ausgebaut werden. Sie muss mindestens 30000 Mitglieder zählen und alle EU-kritischen Organisationen koordinieren. Eine wichtige Säule ist die Auns...

Die Ihnen entgiltten ist ...

... die unter ihrem neuen Präsidenten Lukas Reimann viel Kampfkraft entwickeln wird. Als weitere Kraft haben wir die SVP auf unserer Seite. Wir sind damit breiter aufgestellt als bei der EWR-Abstimmung. Das gewährleistet, dass wir in jeder Stadt, in jedem Quartier, in den Dörfern ehrenamtliche Helfer haben, welche die Leute kostengünstig mit Informationen versorgen.

Das braucht es in Zeiten des Internets?

Ja, das eine tun und das andere nicht lassen. Dafür braucht es aber auch eine klare Strategie. Der werde ich mich nun vermehrt widmen, meine Parlamentsarbeit wird künftig mein Nachfolger besorgen.

Das alles kostet Geld. Mit welchem Budget rechnen Sie für die Abstimmung?

Jetzt kostet es lediglich Arbeitskraft und Brain, später in der Abstimmungsphase rechne ich mit vier bis fünf Millionen Franken.



Alt-Bundesrat Blocher an der 20-Jahr-Feier zum EWR-Nein, Biel 2012: «Schlagkräftige Kampftruppe»

Und wie viel zahlen Sie aus der eigenen Tasche? Beim EWR waren es etwa 2 Millionen.

Mindestens. Genau weiss ich es nicht mehr. Aber es geht hier um die Rettung der schweizerischen Freiheit, des Wohlstands und der Sicherheit. Wenn es notwendig ist und die Spenden nicht genügen, werde ich selbstzahlen, auch wenn

es einen Grossteil des Budgets ausmachen sollte – so gern hab ich die Besonderheit der Schweiz.

Sie sagen, Sie wollen den Kampf gegen den schieleichen EU-Beitritt mit allen Mitteln führen. Kämpfen Sie nicht einfach gegen ein Gespenst? Man muss doch kein Prophet sein, um zu erkennen, dass Ver-

waltung, Bundesrat, Parlament und neuerdings das Bundesgericht die Schweiz in die EU führen, wenn der Rahmenvertrag genehmigt wird.

Der Bundesrat will nur geordnete Verhältnisse in den bilateralen Beziehungen. Verhältnisse so zu ordnen, dass die Schweiz verpflichtet wird,

fremdes Recht und fremde Richter zu übernehmen, und die Schweizer nichts mehr zu sagen haben? Darauf können wir verzichten. Und das Bundesgericht – die Hüterin des Rechts – hilft mit und stellt neuerdings generell internationales Recht über Landesrecht! Natürlich weiss man in Bern, dass über 80 Prozent der Schweizer nicht in die EU wollen, darum muss man verschleiern, dass der geplante Weg in die EU führt und die Personenfreizügigkeit, die am 9. Februar abgeschafft wurde, da-

«Natürlich weiss man in Bern, dass über 80 Prozent nicht in die EU wollen»

mit wieder eingeführt wird. **Es gibt noch nicht einmal einen Vorschlag zur Umsetzung der Einwanderungsinitiative.** Wer Ohren hat, der höre. Es heisst, man wolle über den «bilateralen Weg» abstimmen lassen. Was verbirgt sich unter dem ominösen Begriff «Weg»? «Der Weg ist das Ziel» gilt doch nur für die Freizeitsportler und für Betrüger. Das Ziel ist doch das Ziel – das heisst hier leider EU-Beitritt.

Warum führen Sie die EU-Debatte nicht zuerst im Parlament, wo sie hingehört? Das wird die SVP-Praktion auch tun. Leider ist das Ergebnis schon absehbar: Das Parlament wird der Verwaltung und dem Bundesrat folgen. Es wird in einer Volksabstimmung enden!

Der Kampf gegen den EU-Beitritt, so wie Sie ihn führen wollen, ist unschweizerisch.

Wie kommen Sie jetzt darauf? **Unser System ist auf den Kompromiss ausgerichtet. Sie suchen aber keinen Kompromiss, um die Beziehungen zur EU zu regeln.**

Doch. Aber in der Wahrung der Unabhängigkeit und der dauernd bewaffneten Neutralität darf es keine Kompromisse geben!

Sie schliessen eine Rückkehr nicht aus. Auch nicht als Bundesrat, um dort gegen den EU-Beitritt zu kämpfen?

Ein Bundesratsmandat erneut annehmen? Dazu fühle ich mich nicht mehr verpflichtet. Nur um mich im Bundesrat einzuschliessen? Ich werde 2015 sicher nicht antreten.

Sie wollen auch eine Parlamentarierreform?

Wir brauchen eine Rückkehr zum Milizparlament. Man muss die Entschädigungen auf höchstens 1/3 eines guten Jahressalärs – sagen wir 50000 Franken Jahresfixum – beschränken und die Sitzungsgelder abschaffen. Die ständigen Kommissionen mit Ausnahme der Finanzkommission müssen verschwinden und durch Ad-hoc-Kommissionen für konkrete Vorlagen ersetzt werden. Dann wird sich das Parlament selbst disziplinieren und sich auf das Wesentliche – Aufsicht, Zielführung und Kontrolle – beschränken. Es gäbe auch weniger Gesetze.

Dafür würde der Einfluss der Verwaltung grösser und das Parlament noch ohnmächtiger. Im Gegenteil: Dann würden die wichtigen Informationen und Erfahrungen aus dem Alltag und der Wirtschaft einfließen. Die heutigen Berufsparlamentarier sind doch von Verwaltung, Verbänden und dem Mandat abhängig. Die Gewaltentrennung existiert eigentlich gar nicht.

Wer soll denn eine solche Reform einbringen?

Über das Parlament ist es kaum möglich. Sie glauben ja nicht, dass sich das Parlament selbst bescheidet. Also muss es von aussen geschehen. Es bleibt darum nur die Volksinitiative. Ich bin in Kontakt mit jungen Wirtschaftsstudenten, die über so etwas nachdenken. Ob etwas daraus wird, werden wir sehen. Ich selbst kann mich dem jetzt nicht widmen, denn zuerst muss nun der EU-Beitritt vom Tisch.

Manche glauben, Ihr Kampf gegen die EU sei Sturheit und reine Belesenheit. Kennen Sie den wichtigsten politischen Führungsgrundsatz?

Nein, was soll das sein? «Wär am längschu schuur isch, gütnt!» Oder auf Lateinisch: «Plectimur non frangitur» – wir biegen, aber wir brechen nicht. Dieser Grundsatz steht an der Wand meines Lieblingsgeschlosses Rhazüns.

Kommentar Seite 21